

LESERMEINUNG

Den Politikdiskurs vollständig verlassen

Zu unseren Artikeln „Vergiftete Atmosphäre im Gemeinderat“ vom 27. Mai sowie „Wahr – und doch nicht wahr“ vom 2. Juni und den diversen Leserbriefen zu den Auseinandersetzungen am Überlinger Ratsstisch:

Über Rechthaberei als Ersatz für politischen Frust kann man streiten; über den Angriff von Roland Biniossek auf das kommunalpolitische Ehrenamt nicht. Gemeinderäte betreiben – unabhängig von ihrem Beruf – ehrenamtlich mit hohem zeitlichen und persönlichen Aufwand Kommunalpolitik für das Wohl der Stadt. Wer – wie Roland Biniossek – einen anderen Gemeinderat und Polizeibeamten wegen eines von dessen Fraktion veröffentlichten politischen Beitrags völlig pauschal der Verbreitung bewusst formulierter Unwahrheiten beschuldigt und ihm für den Fall der Wiederholung eine Dienstaufsichtsbeschwerde und Konsequenzen bei seinem polizeilichen Dienstthron androht, verlässt vollständig den Bereich des kommunalpolitischen Politikdiskurses. Es stellt einen infamen Versuch politischer Repression gegen einen Andersdenkenden dar, ihm für den Fall weiterer politischer Unbotmäßigkeit mit beruflichen Nachteilen zu drohen, die mit der politischen Ebene überhaupt nichts zu tun haben. Wer will ein kommunalpolitisches Mandat übernehmen, wenn er sich allein wegen der Äußerung seiner politischen Überzeugung eines Angriffs auf seine berufliche Ehre gewärtigen muss? Statt einer eigentlich selbstverständlichen Entschuldigung kommt ein umfangreicher Rechtfertigungsversuch; allerdings zum zentralen Punkt kein Wort! Die BÜB+ muss aufpassen, dass sie ihre – durchaus erkennbaren – politischen Ansätze durch ihr Verhalten nicht selbst zerstört.

Dr. Gerhard Riehle, Überlingen

Kartoffelrepublik Deutschland?

Zum Artikel „Harte Bandagen gegen Kleingärtner“ in unserer Ausgabe von Samstag, 13. Juni, in dem es um die Unterlassungsklage der Stadtverwaltung gegen den Schrebergärtner Viktor Schlag geht, der eine brachliegende Parzelle mit Kartoffeln bepflanzt hatte:

Die Stadtgewaltigen von Überlingen kommen nicht zur Ruhe. Neben Corona und chronischen Blockierern von Feuerwehr- bzw. Rettungszufahrten bzw. Behindertenparkplätzen müssen sie sich

auch noch mit rabiaten Kleingarten-Farmern herumschlagen. Der dramatischen Meldung im SÜDKURIER vom letzten Samstag konnte der Leser entnehmen, dass diese Schreber-Gärtner sich hartnäckig weigern, ihre Parzellen aufzugeben und nicht an die lauschtige Bundesstraße umziehen wollen, wo man das Graswachsen nicht hört, weil das Rauschen des Verkehrs es gnädig übertönt. Einer von diesen Rebellen treibt es besonders bunt. Er hat sich am gemeindlichem Grund und Boden vergriffen, ja diesen missbraucht, in dem er dort Wildblumen und Kartoffeln anpflanzt. Wo soll denn dann der Amtsschimmel grasen? Der müsste ja verhungern! Wenn das jeder täte! Dann würde Deutschland zur Kartoffelrepublik mutieren zum Gelächter aller Bananenrepubliken. Man stelle sich vor, dass am Timmendorfer Strand diese Nachtschattengewächse wüchsen. Dann könnte da niemand mehr Sandburgen bauen mit der Folge, dass wir bald keine Architekten hätten. Und wenn sich schließlich noch der juchzende Juchtenkäfer in Bäumen bei oder auf diesen Feldern einnisten würde, gäbe es keine Bauplätze mehr. Deutschland wäre ein einziges Naturschutzgebiet, ausgenommen Autobahnen und sonstige Straßen, sowie Parkplätze samt Baulichkeiten. Diese Gefahr voraussehend, zeigt die Überlinger Obrigkeit klare Kante. Sie lässt den botanischen Missbrauch gemeindlicher Areale gerichtlich verbieten. Hierzu noch ein gratis Ratschlag vom Juristen: Die Gemeinde möge ihre Felder einzäunen. Dann kann der Frevler zusätzlich wegen Hausfriedensbruch belangt werden. Nach Wiederholungstaten kommt er hinter Schloss und Riegel. Hören wir da ein fröhliches Wiehern?

Detlef Schirmmacher, Überlingen

Etwas vorbildlich Gemeinschaftliches

Ebenfalls zum Thema des juristischen Vorgehens der Stadt:

Das Versprechen war: ‚Blühende Landschaften‘. Von Kies, Schotter, Steinen, Sand, Mauern, alles ohne Bebauungsplan war nicht die Rede. Vielen Dank an Herrn Walter und den SÜDKURIER, die Berichterstattung über Herrn Dr. Schlag ist sehr interessant! Wir erfahren so von einer beispielhaften bürgerlichen Initiative. Bestimmt sehen viele Überlinger mit Genugtuung, dass in dieser guten Erde immer noch frisches Grün wachsen kann und gepflegt wird: zum Essen und zum Anschauen. Eine private Lehrstunde in menschlichem und nachhaltigem Umgang mit der Natur. Eigentlich ziemlich tapfer. Denn nach der amtli-

chen Sperrung aus einer behördlichen Laune heraus konnte durch seine Initiative, ohne Zustimmung der Verwaltung, etwas vorbildlich Gemeinschaftliches werden, zumindest so lange, bis dann irgendwann doch gebaut wird. Herr Dr. Schlag zeigt, auch im übertragenen Sinn, wie sich selbst auf kargem Überlinger Boden Ethik und Moral wieder kultivieren lassen und Früchte tragen. Bravo! Gut gemacht, finde ich. Vielen Dank!

Annemarie Marocco-König, Überlingen

Warum geht es ums starre Prinzip?

Ein weiterer Leserbrief zum selben Themenkomplex um die Klage der Stadt gegen Viktor Schlag:

Was für ein merkwürdiger Wind in den Überlinger Amtsstuben! Ein engagierter Kleingärtner in der wunderschönen Kleingartenanlage St. Leonard kultiviert brachliegende Flächen als Zwischennutzung bis zur Baulandnutzung. Dort baut er Gemüse zur allgemeinen Verwertung für Überlinger Bürger und die Überlinger Tafel an. Jetzt soll damit Schluss sein, da leider keine befriedigende Absprachen mit der Stadt zustande gekommen sind und diese Nutzung insofern als illegal bezeichnet werden kann (wenn man das so will). Aber warum geht es hier so sehr ums starre Prinzip und nicht um die Interessen der Allgemeinheit der Überlinger Bürger sowie das auch in anderen Städten üblich ist?

Christine Menke, Überlingen

„Essbare Stadt“ als Attraktion

Zum selben Thema meldet sich auch Joachim Betten vom „Bürgersinn e.V.“ zu Wort:

Wie weit muss sich das Oberhaupt einer Stadt von seinen Bürgern entfernen haben, wenn er sie – über eine angesehene Anwaltskanzlei – mit einer Unterlassungsklage (wegen Eigentumsbeeinträchtigung) und Androhung von einem Bußgeld über 2500 Euro vor den Richter zerrt, nur weil sie durch ihr bürgerschaftliches Engagement einer „Essbaren Stadt“ Eigeninitiative auf Brachflächen der Stadt ergreift – Engagement, das andernorts hoch gelobt wird und sogar Touristen anlockt, beispielsweise in Andernach. Herrn Dr. Otfried Viktor Schlag sowie seinen Mitstreitern sollte dafür eher eine Anerkennung erteilt und sein Angebot der Organisation und Mithilfe von der Verwaltung und Landschaftsplanung aufgegriffen werden,

um eine neue Attraktion für Überlingen auch für die LGS im Jahr 2021 zu schaffen. Wie aus dem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 7. Juni 2020 zu entnehmen ist, hat das Konzept der Stadt Andernach am Rhein (Rheinland-Pfalz) als „Essbare Stadt“ weit über die eigenen Grenzen bekannt gemacht. 2010 mitinitiiert und bis heute betreut von Lutz Kosack, der im Amt für Stadtplanung und Bauverwaltung den Bereich Landschaftsplanung verantwortet. Warum ist es in Überlingen nicht möglich, wo es in diesem gärtnerischen Bereich – in Corona-Zeiten umso mehr – so viele engagierte Bürger gibt, gemeinsam mit Ihnen zusammenzuarbeiten und auch noch finanzielle Mittel einzusparen? Mit dem Verschönerungsverein klappt es doch auch.

Joachim Betten, Überlingen

Beete besser als Gammelabhang

Ebenfalls zum Vorgehen der Stadtverwaltung Überlingen gegen Schrebergärtner Viktor Schlag:

Da verwildern von der Stadt Überlingen nicht verpachtete Kleingartenparzellen zwischen St. Leonhard und der Rauensteinstraße. Voller Elan bemüht sich der Rentner Viktor Schlag dem entgegenzuwirken. Pflanz Gemüse und Kartoffeln an, stellt schließlich die Ernte der Überlinger Tafel zur Verfügung. Ein Einsatz ohne Eigennutz, absolut sozial. Aber, anstatt dass Oberbürgermeister Jan Zeiler dem Kleingärtner hierfür dankt, wird nun gegen ihn prozessiert! Völlig unverständlich, zumal bislang über die Zukunft der Kleingartenanlage noch nicht einmal vom Gemeinderat entschieden wurde. So hätte man bis dahin die Anlage betreuen lassen können. Auch hinsichtlich der LGS 2020/21 wären Blumen und Gemüsebeete als Überlinger Erscheinungsbild besser als ein verwilderter Gammelabhang! Überlingen hat das Geld nach eigener Auskunft nicht so üppig. Also, warum dann hier wieder dicke Rechtsanwaltskosten? Nein, anstatt sich zu bedanken, wird drauf geschlagen. Was für ein Umgang der Stadtverwaltung mit dem eigenen Überlinger Bürger!

Rolf Bridigkeit, Überlingen

Leserbriefe geben die Meinung der Einsender wieder. Die Redaktion behält sich das Recht zum Kürzen von Leserbriefen vor. Einsendungen werden nur bearbeitet, wenn sie mit vollständiger Absenderadresse und einer Telefonnummer für Rückfragen versehen sind. Leserbriefe veröffentlichen wir in der Tageszeitung sowie in unseren Digitalmedien mit Namen und Wohnort.